

@schlieren



Adobe Stock Bild

Schutz vor Terror

Das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz vor Terrorattacken ist so verständlich wie menschlich. Es ist jedoch wichtig, dass wir das Sicherheitsgefühl nicht über unsere menschenrechtlichen Verpflichtungen als Staat stellen.

Die Terrorattacke am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York, bei der mehr als 3000 Menschen umgebracht wurden, hat die westliche Welt und ihre Sicherheitsmassnahmen drastisch verändert. George W. Bush, der damalige Präsident der USA, rief zum globalen Krieg gegen Terror auf und attackierte Afghanistan kurz darauf mit Luftangriffen und marschierte mit seinen Truppen ein. Es folgte ein mittlerweile 20 Jahre andauernder Krieg, der viele Leben von Zivilistinnen und Zivilisten in Afghanistan und im Irak forderte und die Region nachhaltig destabilisierte.

Aufgabe rechtsstaatlicher Prinzipien im Ausland ...

Mit dem globalen Krieg gegen Terror wurde die Jagd nach potenziellen Terroristinnen und Terroristen in Afghanistan und im Irak legitimiert und Beschuldig-

te ohne ein rechtsstaatliches Verfahren über Jahre in Guantánamo eingesperrt. Guantánamo ist ein US-Gefängnis für mutmassliche Terroristinnen und Terroristen ausserhalb ihres Rechtsgebiets auf Kuba. Es ist bekannt für seine brutalen Foltermethoden, welche jenseits unseres Rechtsverständnisses sind. Das Gefängnis existiert bis heute.

Das Sicherheitsbedürfnis und den Schutz vor Terrorattacken in einer Gesellschaft zu befriedigen, ist ein verständliches Ziel. Mit dem globalen Krieg gegen Terror und der Errichtung des Gefängnisses in Guantánamo wurden die Grenzen jedoch überschritten und teilweise unschuldige Menschen einer menschenunwürdigen Behandlung ausgesetzt und aller Rechte beraubt.

... und in der Schweiz

Mit dem PMT-Gesetz, das der Polizei weitgehende Kompetenzen gibt im Er-

lass von Massnahmen für Kinder ab 12 Jahren wie Kontakt- und Ausreiseverbote und sogar Freiheitsentzüge ohne Einleitung eines Strafverfahrens, gehen wir in eine gefährliche Richtung. Wir müssen uns ernsthaft fragen, was uns Sicherheit und gleichzeitig auch unser Rechtsstaat wert ist und welche Prinzipien wir mit diesem Gesetz über Bord werfen.

Leila Drobi ■

Interview mit
der Politologin
Rona Bolliger

«Unter dem Vorwand von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung werden unsere rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien untergraben.»

Im Interview spricht Rona Bolliger über ihr Engagement für die Kampagne des Referendums gegen das Gesetz über polizeiliche Massnahmen von Terrorismus (PMT), wieso sie vehement gegen das neue Gesetz ist und was wir mit einem Ja aufs Spiel setzen.

Am 13. Juni stimmen wir über das Polizeimassnahmegesetz ab. Im Referendumskomitee finden sich jedoch nur Jungparteien. An was liegt das?

Die SP, die Grüne Partei und verschiedene Gewerkschaften unterstützten zwar bei der Unterschriftensammlung, doch das PMT / PMG schien keine Priorität zu sein. Im Referendumskomitee befinden sich mehrheitlich Jungparteien. Dass wir überhaupt am 13. Juni über das Gesetz abstimmen, haben wir ihnen zu verdanken. Die Jungparteien erkannten, dass wir mit der Annahme des PMT / PMG zentrale Grundrechte aufs Spiel setzen. Das PMT greift meiner Ansicht nach die Grundfesten der Schweizer Demokratie an.

An was könnte es deiner Meinung nach gelegen haben, dass es ziemlich knapp wurde, die geforderten 50'000 Unterschriften rechtzeitig zu sammeln?

Es ist sicherlich eine Kombination vieler Faktoren. Zum einen erschwerten die Corona-Massnahmen das Unterschriftensammeln auf der Strasse, gleichzeitig hat nicht jeder einen Drucker zu Hause. Zudem handelt es sich um eine hochkomplexe Vorlage, die auch parteiintern spaltet. Sich dann während einer Pandemie in einem politisch unsicheren Umfeld gegen eine Vorlage des Bundesrates zu stellen, welche angeblich mehr Sicherheit gegen Terrorismus verspricht, scheint nicht sonderlich attraktiv zu sein. Doch am 14. Januar 2021 konnten gesamthaft über 140'000 Unterschriften eingereicht werden. Ein überwältigender Erfolg, den es nun an der Urne in ein NEIN zu verwandeln gilt.

Gemäss der Befürworter*innen des PMT soll uns das PMT besser vor

Terror schützen. Dafür sind wir ja wahrscheinlich alle. Weshalb bist du gegen das PMT-Gesetz?

Am meisten stört mich, dass unter dem Vorwand von Sicherheit und dem Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Gefährder*innen die eigenen rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien untergraben werden. Konkret gefährden wir mit dem PMT die Gewaltenteilung und untergraben die Unschuldsvermutung. Neu dürfte die Polizei über Meldepflichten, Kontakt- oder Ausreiseverbote oder

«Konkret gefährden wir mit dem PMT die Gewaltenteilung und untergraben die Unschuldsvermutung.»

die elektronische Überwachung von Mobilfunkgeräten bestimmen. Nur für die Anordnung von Hausarrest bräuchte es eine Bewilligung des Zwangsmassnahmegerichts. Nach der Definition im Gesetz wären auch

Christoph Blocher oder Greta Thunberg potenzielle Gefährder*innen. Es liegt dann ganz bei der Polizei, wie diese Einschätzung vorgenommen wird und gegen wen Massnahmen verordnet werden. Das kann in einem Rechtsstaat nicht angehen. Mit diesem Gesetz hätten wir eines der strengsten sogenannten Anti-Terror-Gesetze in ganz Europa.

Hat das Gesetz für dich auch positive Aspekte?

Dass es irgendwann fertig ist (lacht). Spontan fällt mir kein positiver Aspekt ein. Vielleicht der Grundgedanke, dass man die Bevölkerung vor Terror schützen soll. Doch zu welchem Preis, mit welchen Mitteln? Dieses Gesetz ist für mich keine geeignete Lösung und geht viel zu weit.

Ist Prävention nicht der richtige Ansatz, anstatt erst nach einer Straftat einschreiten zu müssen?

Prävention ist eine tolle Sache, doch wie geht man präventiv gegen Terrorist*in-

nen vor? Auch in Frankreich gab es bereits ein ähnliches Gesetz wie das PMT. Trotzdem konnten die Attentate in Nizza und Paris nicht verhindert werden. Wenn die heutigen rechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichen, dann wahrscheinlich eher wegen mangelnder Ressourcen bei der Polizei. Ein neues Gesetz löst dieses Problem nicht. Wir geben der Polizei mit diesem Gesetz die Kompetenz, sehr einschneidende Massnahmen zu erlassen, Informationen einzuholen und Menschen zu bewachen ohne ein Strafverfahren einzuleiten. Bei der Polizei arbeiten auch nur Menschen, die Fehler machen können. Deshalb brauchen wir unsere Gewaltenteilung.

Die Definition der terroristischen Gefährderin/ des terroristischen Gefährders wird vielfach kritisiert. Wie sieht diese aus und was ist daran problematisch?

Im Gesetz wird der Begriff des Gefährders/der Gefährderin so definiert, dass sie alle Personen umfasst, von denen aufgrund «konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie oder er eine terroristische Aktivität ausüben wird.» Terroristische Aktivitäten sind gemäss Gesetz «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen». Dies ist eine sehr schwammige Definition. Eine Veränderung der staatlichen Ordnung wollen noch viele Leute, ich zum Beispiel als Aktivistin. Natürlich bedürfen alle Gesetzesbegriffe einer Auslegung, aber sie können auch falsch ausgelegt werden und hier nur auf die richtige Auslegung zu vertrauen, erscheint mir gefährlich. Es gibt auch Rechtsexpert*innen, die sagen, dass mit dieser Begriffsdefinition auch Demonstrierende unter den Begriff des Gefährders/Gefährderin fallen können. Generell kritisieren viele Organisationen



Rona Bolliger ist Politologin, Aktivistin und studiert an der Universität Bern auf Masterstufe Political, Legal and Economic Philosophy.

«Wenn die heutigen rechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichen, dann wahrscheinlich eher wegen mangelnder Ressourcen bei der Polizei.»

wie humanrightswatch, die UNO und Rechtsexpert*innen, dass das PMT gegen die Menschenrechte verstösst. Das sollte uns zu denken geben. Vor den Bürgerinnen und Bürgern wird jedoch behauptet, dass dies kein Problem darstellt.

Reichen die heutigen Möglichkeiten im Bereich der Terrorismusbekämpfung bereits aus? Was bringt der Einsatz von Algorithmen mit dem neuen Gesetz?

Ob die Massnahmen ausreichen, terroristische Anschläge zu verhindern, kann wohl niemand mit absoluter Sicherheit sagen. Sicher bin ich hingegen in meiner Einschätzung, dass mir die Erfas-

sung von Gefährder*innen per Algorithmen Sorgen bereitet. Mit dem PMT würden Algorithmen zur Aufspürung von potentiell gefährlichen Personen eingesetzt und darauf basierend Massnahmen verhängt. Wichtig ist: Algorithmen sind nicht bessere menschliche Gehirne. Algorithmen sind stark beeinflusst von den Menschen, die sie erschaffen. Wenn wir mit unseren heutigen Vorurteilen diese Algorithmen programmieren, wird es Verzerrungen und Ungleichbehandlungen darin geben. Das konnten wir bereits eindrücklich bei Gesichtserkennungsprogrammen aus den USA beobachten. Was mir zudem Angst macht ist ein Rückkoppelungseffekt solcher Massnahmen. Personen mit einem gewissen Aussehen und Namen kommen eher auf die Gefährderliste, werden stigmatisiert, ausgeschlossen und rutschen dann auch eher in Kreise, wo sie wiederum radikalisiert werden.

Was setzt es für Zeichen und wie sehen die Konsequenzen für die Schweiz aus, wenn dieses Gesetz vom Volk angenommen wird?

Erstens geben wir mit diesem Gesetz zentrale Werte unseres Rechtsstaates auf. Wir höhnen unseren eigenen Rechtsstaat für ein Gefühl von Sicherheit aus, obwohl wir diese Sicherheit nie erreichen können. Dafür bezahlen wir – meiner Meinung nach – einen viel zu hohen Preis. Zweitens würden wir mit der Annahme des PMT zur weiteren Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung beitragen. Denn sie wären wahrscheinlich die ersten, die die neuen Massnahmen des PMT zu spüren bekommen würden. Stattdessen wäre es angezeigt, Musliminnen und Muslime als Teil der Schweiz und Europa zu akzeptieren, zu integrieren und ihnen unvoreingenommen und offen zu begegnen. Langfristig wäre das wohl die effektivere Terror-Prävention anstelle der Massnahmen im PMT.

Interview: Leila Drobi ■

Haben Sie gewusst, dass...

... mit dem globalen Krieg gegen Terror («global war on terror») faktisch die ganze Welt zum Kriegsgebiet erklärt wurde? Dies widerspricht der völkerrechtlichen Definition von Krieg, bewaffneten Angriffen und der Annahme, dass ein Kriegsgebiet begrenzt ist.

... die USA seit 9/11 über 2400 Milliarden US-Dollar für den globalen Krieg gegen Terror ausgegeben hat?

... Afghanistan von allen Ländern auf der Welt am schwersten von terroristischen Anschlägen betroffen ist? Im Jahr 2019 wurden in Afghanistan um die 1750 terroristische Anschläge verübt. Die nächsten Länder auf der Liste sind Syrien, Indien, Irak und Somalia.

... seit Beginn der Kriege in Afghanistan und im Irak jedes Jahr tausende Drohnenangriffe durch das US-Militär stattfinden? Alleine im Jahr 2019 waren es mindestens 6825 Drohnenangriffe. Dabei fallen den Angriffen auch immer wieder sehr viele Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer, genaue Zahlen fehlen jedoch. Der internationale Strafgerichtshof ermittelt zurzeit gegen die USA aufgrund möglicher Kriegsverbrechen oder zumindest Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht (Recht im Krieg).

... seit der Eröffnung des US-Gefangenenlagers Guantánamo fast 800 Männer und Jungen inhaftiert und teilweise Jahre bis Jahrzehnte ohne Anklage oder Urteil sowie Recht auf medizinische Versorgung festgehalten und gefoltert wurden? Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren die Schliessung des Gefängnisses.



Bund

- Wir sagen **Ja zum CO₂-Gesetz**. Dieses bringt wichtige Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel und ist ein erster Schritt für mehr Klimagerechtigkeit. Eine Ablehnung würde uns im Einsatz für die Ergiewende um Jahre zurückwerfen. Wir treten an gegen die finanzstarke Erdöl- und Autolobby.
- Wir sagen **Ja zum Covid Gesetz**. Es bietet die rechtliche Grundlage zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Nur mit einem Ja kann die finanzielle Hilfe für Menschen in Kurzarbeit, Selbstständige und krisengeschädigte KMUs fortgeführt werden.
- Wir sagen **Ja zur Trinkwasser-Initiative**, weil sie für sauberes Trinkwasser sorgt. Der Bund soll nur noch Landwirtschaftsbetriebe subventionieren, die keine Pestizide und vorbeugenden Antibiotika einsetzen.
- Wir sagen auch **Ja zur Pestizid-Initiative**. Sie verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden und einen Einfuhr-Stopp von Lebensmitteln, die solche enthalten. So stärken wir die ökologische Landwirtschaft und schützen unsere Gesundheit.
- Hingegen sagen wir **Nein zum Terror-Gesetz**. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden rechtsstaatliche Prinzipien sowie die Menschen- und Kinderrechtskonvention der UNO verletzt.

Kanton

- Wir sagen **Ja zum Geldspielgesetz** und stellen uns pragmatisch gegen ein Verbot von Geschicklichkeitsspielautomaten in Gaststätten. Ausserdem fließen neu 10 Prozent des Bruttospielertrags in den Spielsuchtfonds.
- Wir sagen **Ja zur Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»**. Der Kanton soll seinen Kostenanteil für die Verbilligung von Prämien auf mindestens 100% des Bundesanteils erhöhen. Die zusätzlichen 40 Millionen Franken dämpfen für viele Haushalte die untragbar gewordene Belastung.
- Wir sagen **Ja zur Initiative «Mehr Geld für Familien»**. Zwar wäre es sinnvoller, die tatsächliche Bedürftigkeit der Familien mit zu berücksichtigen und nicht nach dem Giesskannenprinzip zu verfahren, wie das die Initiative tut. Schlussendlich sorgt aber auch eine generelle Anhebung der Familienzulagen bei finanziell weniger gut aufgestellten Familien für eine Entlastung.

Abstimmungen vom 13. Juni 2021

Bundesvorlagen

Ja zur Trinkwasserinitiative

Ja zur Pestizid-Initiative

Ja zum Covid-Gesetz

Ja zum CO₂-Gesetz

Nein zum Anti-Terror-Gesetz

Kantonale Vorlagen

Ja zum Geldspielgesetz

Ja zur Prämien-Initiative

Ja zur Familien-Initiative

Impressum

Auflage: 9800 Exemplare
Herausgeberin: SP Schlieren
Heimelliweg 8
8952 Schlieren

praesidium@spschlieren.ch

Redaktion:
Leila Drobi, Pascal Leuchtmann

www.spschlieren.ch
www.facebook.com/spschlieren

